

Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Tschechien

Im Juni 2002 wurde in Tschechien ein neues Abgeordnetenhaus gewählt.¹⁾ Ende Oktober wird ein Drittel des Senats neu besetzt. Zudem finden Anfang November Kommunalwahlen in Tschechien statt und in Prag werden die Bürger erstmals zur Abstimmung über eine parlamentarische Vertretung auf Kreis-ebene²⁾ an die Urnen gerufen.

■ Die politische Ausgangssituation vor dem Urnengang

Nach den vorgezogenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus³⁾ im Juni 1998 gewannen zwar die Mitte-Rechts-Parteien eine knappe Mehrheit, auf eine gemeinsame Regierung konnten sie sich aber nicht einigen. Koalitionsgespräche zwischen dem Wahlsieger, den Sozialdemokraten (ČSSD), mit der Freiheitsunion (US) sowie mit der Christlichen und Demokratischen Union – Tschechoslowakischen Volkspartei (KDU-ČSL) scheiterten ebenfalls. Mit den Kommunisten (KSČM) wollte keine der Parteien kooperieren. Überraschend einigten sich daraufhin ČSSD und die Bürgerliche Demokratische Partei (ODS) auf einen „Oppositionsvertrag“, der Anfang des Jahres 2000 durch den „Toleranzpakt“ erneuert wurde. Inhalt der Absprachen war die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung – unter Führung von Premierminister Miloš Zeman – durch die größte Oppositionspartei. Dies stieß bei einem Teil der Öffentlichkeit auf heftige Kritik. Die Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie seien so außer Kraft gesetzt, argu-

Die Tschechen bestimmten Mitte Juni 2002 eine neue Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Mitte-Rechts-Parteien haben insgesamt Einbußen hinnehmen müssen. Sieger des Urnenganges sind die Parteien des linken politischen Spektrums, die erstmals nach der „Samtenen Revolution“ zusammen die Mehrheit der Stimmen im Lande gewannen. Die sozialdemokratische Partei verliert zwar ebenfalls, bleibt aber stärkste Kraft. Gewinner sind eindeutig die Kommunisten, die aus dem beherrschenden Wahlkampfthema der „Sicherung der nationalen Interessen“ und der geringen Wahlbeteiligung von nur 58 Prozent den größten Nutzen zogen.

- 1) Die Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung hat für die Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus eine eigene Homepage eingerichtet: www.kasprag.cz.
- 2) Siehe dazu: Frank Spengler/ Anneke Müller, „Kreistags- und Senatswahlen in Tschechien“, in *KAS-Auslandsinformationen* 1/2001, S. 50–68.
- 3) Siehe Anlage 1: Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahre 1998.
- 4) Die Novelle wurde mit den Stimmen der ODS, ČSSD, aber auch der KDU-ČSL und der Mehrheit der US verabschiedet.

mentierten die Gegner des Oppositionsvertrags. Sammelbecken aller Unzufriedenen wurde das Bündnis der vier bürgerlichen Parteien – Christdemokraten, Freiheitsunion, Demokratische Union (DEU) und Bürgerliche Allianz (ODA) –, die sich zu einem späteren Zeitpunkt zur „Viererkoalition“ vereinigten. Bereits im Januar 2002 schlossen sich die US und die DEU zusammen. Vier Wochen später verließ wegen ungeklärter eigener Schulden die ODA die „Viererkoalition“. Die KDU-ČSL und die US-DEU führten das Parteienbündnis fort und gingen als Koalition in den Wahlkampf.

■ Das tschechische Wahlgesetz

Der gemeinsame Vorschlag von ČSSD und ODS für ein neues Wahlgesetz wurde im Dezember 2001 vom Abgeordnetenhaus⁴⁾ und Mitte Januar 2002 vom Senat verabschiedet. Ende Januar 2002 unterschrieb Staatspräsident Václav Havel die Vorlage. Die vom Parlament verabschiedete Novelle des Wahlgesetzes war notwendig geworden, nachdem das Verfassungsgericht im Januar 2001 einige umstrittene Passagen des neuen Wahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt hatte – wie beispielsweise die Einführung von 35 Wahlkreisen, wodurch die größeren Parteien eindeutig im Vorteil gewesen wären. Wichtigste Punkte der Novelle sind die Aufteilung des Landes in 14 Wahlkreise, die Einführung eines zweiten Wahltags sowie die Festlegung einer Sperrklausel für Mehrparteienkoalitionen. Um in das Abgeordnetenhaus einzuziehen zu können, braucht eine Partei fünf Prozent der Wählerstimmen. Die Sperrklausel erhöht sich in einem Bündnis entsprechend der Anzahl der Parteien (additive Sperrklausel). Der Vorschlag der Viererkoalition, die Hürde für Koalitionen zu senken, war von den Abgeordneten abgelehnt worden. Geändert wurde auch das Verfahren der Präferenzstimmen. Während die Wähler vor der Novelle die Möglichkeit hatten, bis zu vier Kandidaten auf der Wahlliste einer Partei anzukreuzen und ihnen somit ihre Präferenz zum Ausdruck zu bringen, reduzierte die Novelle die Anzahl der Präferenzstimmen auf zwei. Mussten aber bisher die Kandidaten mehr als zehn Prozent der Präferenzstimmen erhalten, um auf den ersten Platz der Kandidatenliste vorzurücken, so reichen nun bereits

sieben Prozent. Sollten mehrere Kandidaten über sieben Prozent der Stimmen bekommen, so reihen sie sich nacheinander im Verhältnis der Anzahl der erhaltenen Stimmen auf. Erst nachdem alle Präferenzstimmen berücksichtigt sind, werden die Sitze wieder entsprechend der Reihenfolge auf den Wahllisten zugewiesen. Die Stimmenauszählung erfolgt nach dem d'Hondt'schen Verfahren. An den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und in den Senat können auch im Ausland lebende Tschechen teilnehmen. Gewählt werden kann in den Botschaften Tschechiens. Zudem erhalten Parteien, politische Bewegungen und Koalitionen mit mehr als 1,5 Prozent der Stimmen 100 Kronen (etwa drei Euro) pro Stimme aus dem Staatshaushalt. Das Gebot, den Wahlkampf 48 Stunden vor den Wahlen einzustellen, wurde aufgehoben.

Zugleich ändert das Wahlgesetz auch einige Bestimmungen zur Parteienfinanzierung und lässt diese dadurch in Zukunft transparenter werden. So sind beispielsweise die Richtlinien für Parteispenden strenger geworden: Wer einer Partei mehr als 50000 Kronen (etwa 1650 Euro) zukommen lässt, muss diesen Betrag registrieren lassen. Spenden aus dem Ausland sind untersagt, es sei denn, sie stammen von ausländischen Stiftungen oder Parteien. Auch anonyme Spenden sind bis 50000 Kronen beschränkt (vormals 100000 Kronen). Zudem ist jede Partei verpflichtet, der Regierung einen jährlichen Finanzbericht vorzulegen, sonst droht ihre Auflösung.

Tatsächlich reichen die Änderungen noch nicht an die Regeln der meisten westeuropäischen Staaten heran. So gibt es im tschechischen Wahlgesetz bisher keine Höchstgrenze für Spenden von Privatpersonen oder Körperschaften. Auch gibt es keine unabhängige Kontrollinstanz, die die Parteifinanzen überprüft. Politische Kommentatoren erklärten, dass die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auch eine Prüfung für die Parteien sein werden. Es werde sich zeigen, ob sie in der Lage seien, ihre Finanzmittel zu erhöhen, ohne dabei dubiose Praktiken anzuwenden.

■ Der Wahlkampf

Die Wahlkampagne hatte früher als bei vergleichbaren vorangegangenen Wahlen begonnen. Anzunehmen ist, dass dies zu einem Teil auf die große Anzahl von Wahlen in diesem Jahr zurückzuführen ist. Mög-

lich ist aber auch, dass die Parteien eine erneute Pattsituation wie 1998 fürchteten.

Zu den zentralen Themen des Wahlkampfes gehörte „die Sicherung der nationalen Interessen“, der EU-Beitritt des Landes, aber auch die Wahl des Staatspräsidenten, die im Januar 2003 ansteht. Präsident Václav Havel darf nach zweimaliger Kandidatur laut Verfassung nicht noch einmal antreten. Er hat die Parteien wiederholt aufgefordert, der Öffentlichkeit Kandidaten für seine Nachfolge zu nennen.⁵⁾

- 5) *Prager Zeitung* vom 10. Januar 2002, Übersetzung der Neujahrsansprache von Staatspräsident Vaclav Havel.
- 6) Tschechische Presseagentur ČTK vom 12. Januar 2002.
- 7) *Prager Zeitung* vom 10. Januar 2002, Übersetzung der Neujahrsansprache von Staatspräsident Vaclav Havel.
- 8) *Týden*, Nr.1/ 2002.
- 9) Ebd.

Laut Meinungsforschungsinstitut STEM hatten sich im Januar 2002 rund 6,5 Prozent der Bürger noch nicht entschieden, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen. Rund zehn Prozent der Befragten gaben ein halbes Jahr vor den Wahlen an, überhaupt nicht daran teilnehmen zu wollen.⁶⁾ Den Parteien ging es daher im Wahlkampf insbesondere darum, die Unentschlossenen und die erklärten Nichtwähler an sich zu binden. Auch der Staatspräsident forderte die Tschechen in den letzten Monaten vor dem Urnengang immer wieder zur Stimmabgabe auf, denn diese Wahlen würden „über den zukünftigen Charakter unserer Gesellschaft und unseres Staates entscheiden“, so Václav Havel.⁷⁾

In der ersten Phase des Wahlkampfes konzentrierten sich die Parteien weniger auf programmatische Aussagen, sondern versuchten durch viele Aktionen, auf sich aufmerksam zu machen. So verschickten beispielsweise der ČSSD-Vorsitzende Vladimír Špidla und der Innenminister Stanislav Gross Neujahrsgrüße an die Bevölkerung. Rund drei Millionen Bürger dürften einen solchen Brief erhalten haben und die Kosten dafür betragen laut Presseberichten rund 16 Millionen Kronen (etwa 530 000 Euro). Der Sprecher der ČSSD teilte dazu mit, dass dies keine unerlaubte Parteiwerbung gewesen sei, da die Wähler ja nicht aufgefordert worden wären, an den Wahlen teilzunehmen.⁸⁾

Auf die Aktion der Sozialdemokraten reagierte die ODS mit ganzseitigen Anzeigen in allen überregionalen Tageszeitungen. Neben dem Portrait des Parteivorsitzenden Václav Klaus stand handschriftlich: „Wir treten stolz in das neue Jahr ein“. Vermutlich hat die ODS dafür rund eine Million Kronen (etwa 33 000 Euro) ausgegeben.⁹⁾

Die Viererkoalition hatte ihre Wahlkampagne weniger auffällig bereits im letzten Herbst eingeleitet, als

sie am 29. Oktober 2001 ihre Kandidaten vorstellte und ein Abkommen unterzeichnete, in dem sie sich auf die Fortführung ihres Bündnisses auch nach den Wahlen festlegte. Auch einzelne Kandidaten der Viererkoalition warben auf großen Anzeigetafeln, wie beispielsweise der Erste Stellvertretende Vorsitzende der US-DEU, Ivan Pilip, gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden der KDU-ČSL, Cyril Svoboda.

Einzig die Kommunisten hielten sich zurück und warben außer auf vereinzelten Anzeigetafeln nur in ihrer Tageszeitung *Haló Noviny*.

Viele Experten befürchteten, dass der zu früh begonnene Wahlkampf sich negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken werde. Anzumerken ist ferner, dass die Parteien seit 1996 ihre Kampagnen immer früher starten und sie im Ton auch aggressiver führen.

Eine Unbekannte gab es im Wahlkampf jedoch bis zum Schluss. Staatspräsident Vaclav Havel hatte Anfang Mai geäußert, dass er nicht unbedingt auch den Wahlsieger mit der Regierungsbildung beauftragen werde. Vielmehr wolle er nach den Wahlen alle im Parlament vertretenden Parteien konsultieren und denjenigen mit der Regierungsbildung beauftragen, der eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus hinter sich vereinen könne. Heftig kritisiert wurde Havel dafür von der ODS, die ihn als „undemokratisch“ bezeichnete. Doch auch die ČSSD sprach sich dafür aus, den Wahlsieger mit der Regierungsbildung zu trauen.

Nach den Protesten hatte Staatspräsident Havel zwar seine Aussagen abgeschwächt. Doch machte er erneut deutlich, nicht nur als passiver Zuschauer fungieren zu wollen. Er behalte sich das Recht vor, vom designierten Ministerpräsidenten nominierte Minister nicht zu bestätigen, sollten diese an den Kriterien der Unbescholtenheit scheitern, so der Präsident.

■ Nationale Interessen im Wahlkampf

Das beherrschende Thema des Wahlkampfs war die Frage nach den nationalen Interessen. Die beabsichtigte Wirkung des Themas zu Gunsten einer Partei jedoch trat nicht ein, weil mit dem Blick auf die Wahlen keine der Parteien eine differenzierte Auseinandersetzung wagte. Im Gegenteil: Tschechiens Politiker traten mit bisher unbekannter Geschlossenheit auf. Im Abgeordnetenhaus kam es auf Betreiben der ODS

und der Kommunisten zu einer Diskussion über die Beneš-Dekrete und zu einer Verabschiedung einer Resolution durch alle Parteien über die „Unveränderbarkeit der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“. Politische Kommentatoren sahen die „Nationale Front“ aus den Zeiten des realen Sozialismus wieder auferstehen. Die Kommunisten wurden so durch die demokratischen Parteien im Parlament erheblich aufgewertet.

In den letzten Wochen vor den Wahlen wurden jedoch einige unterschiedliche Akzente im Wahlkampf gesetzt. So präsentierte sich die ODS nicht nur mit ihrer bekannten Führungspersönlichkeit Václav Klaus, sondern auch mit einfachen und unmissverständlichen Parolen. Und das schien zunächst Erfolg versprechend zu sein, denn sie lagen bei Meinungsumfragen zumeist vorn.¹⁰⁾ Die ODS betrieb eine Kampagne, die zurecht von vielen politischen Kommentatoren als national-populistisch bezeichnet wurde: „Wir werden gegen ausländische Händler kämpfen, die unseren einheimischen Unternehmern Raum nehmen“ oder „wir werden die Zuwanderung von Ausländern beschränken“ sind Beispiele der Wahlausagen der Bürgerlichen Demokraten. Der an der Prager Karls-Universität lehrende Politologe Rudolf Kučera urteilte gegenüber der *Prager Zeitung* bereits vor den Wahlen, dass der ODS bei der „Jagd nach Wählerstimmen“ sachliche und gesellschaftlich relevante Themen fehlten. Deshalb seien gezielt nationalistische Emotionen angesprochen worden, die auch dort ausgelöst würden, wo die Interessen der Gesellschaft gar nicht bedroht wären. Die Partei von Václav Klaus habe versucht, auf diese Weise zusätzlich Wähler zu gewinnen, die zu einem Gutteil am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt seien. Kučera erkannte bereits zu diesem Zeitpunkt, dass die Stammwähler der Partei wohl höchstens 25 Prozent bringen würden, für einen Wahlsieg aber über 30 Prozent nötig seien.¹¹⁾

Mit Geschlossenheit nach außen und einer eindeutigen Führungsfigur konnte die ČSSD dagegen nicht aufwarten. Das Verhalten des ehemaligen ČSSD-Vorsitzenden Miloš Zeman deutete auf innerparteiliche Differenzen hin. Vladimír Špidla wirkte als Vorsitzender im Gegensatz zu Václav Klaus vor allem zu Beginn der Kampagne sehr zurückhaltend. Auf den

10) Meinungsumfragen der Institute STEM und CVVM vom Mai und Juni 2002.

11) *Prager Zeitung* vom 23. Mai 2002.

Wahlveranstaltungen machte er einen zugeknöpften und verunsicherten Eindruck.¹²⁾ Die Äußerungen von Ministerpräsident Zeman mussten solche Beobachtungen bestätigen. So kritisierte der ehemalige Vorsitzende auf einer Pressekonferenz öffentlich die Arbeitslosenzahl und das Ressort Arbeit und Soziales, dem der designierte Ministerpräsident vorstand.

12) *Prager Zeitung* vom 30. Mai 2002.

■ Diskussion vor den Wahlen über eine große Koalition

In der tschechischen Presse dominierten bis kurz vor den Wahlen Berichte und Einschätzungen über die Annäherung zwischen den einzelnen Parteien. Wer mit wem koalieren wird, war bis zuletzt noch offen. Möglich schienen aber beinahe alle Varianten, von der großen Koalition bis hin zu einer durch die Kommunisten tolerierten Minderheitsregierung der Sozialdemokraten. Grundlage dafür waren Umfrageergebnisse wie die des Meinungsforschungsinstituts STEM vom 27. bis 28. Mai 2002:

Partei	Stimmenanteil in Prozent
ODS	25,0
CSSD	22,8
Koalition	16,1
KSCM	13,3

Quelle: STEM, 27./28. Mai 2002

Der Wahlausgang war zu dieser Zeit weitgehend offen, jede der beiden großen Parteien schien noch die Chance zu haben, gewinnen zu können. Auch war noch unklar, wer die drittstärkste Kraft im Abgeordnetenhaus werden würde.

Während Vladimír Špidla Anfang Mai gegenüber den Medien über eine Kündigung des Oppositionsvertrages mit der ODS nachdachte, wurde nur wenige Tage später in der Presse von einem Koalitionsangebot des Vorsitzenden der ODS, Václav Klaus, an den ehemaligen ČSSD-Vorsitzenden Miloš Zeman berichtet. Die Tatsache, dass Klaus seinen „Altpartner“ Zeman ansprach und nicht den Vorsitzenden der Sozialdemokraten, gab zu denken. Parlamentspräsident Václav Klaus, der seit Gründung der ODS auch ihr Vorsitzender ist, nahm anscheinend den seit einem Jahr amtierenden ČSSD-Vorsitzenden Vladí-

mír Špidla nicht allzu wichtig. Zwar hatte Zeman mit seinem Rücktritt vom Parteivorsitz im April 2001 den langsamten Rückzug aus der Politik eingeleitet, doch kennen sich Klaus und Zeman sehr gut. In den zurückliegenden vier Jahren, als die ODS von Klaus durch den Oppositionsvertrag die Minderheitsregierung der Sozialdemokraten tolerierte, haben sich beide als berechenbare Partner kennen gelernt. Dass sie miteinander auch über künftige Modelle einer Kooperation gesprochen haben, schien beiden daher ganz selbstverständlich zu sein. Damit wurde deutlich ausgesprochen, was viele befürchtet hatten: Kein Ende des Oppositionsvertrages, sondern eine noch engere Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in einer Koalition. Rein rechnerisch hätten ODS und ČSSD nach den Maiumfragen eine deutliche Mehrheit im Parlament erlangt, die sogar für Verfassungsänderungen ausgereicht hätte. Auch weiterführende Absprachen wären dann vorstellbar gewesen. Die beiden großen Parteien hätten – geübt aus dem Oppositionsvertrag – die Besetzung aller wichtigen Positionen vom Parlament bis hin zu den Medienräten absprechen können, einschließlich der Benennung des künftigen Staatsoberhauptes.

Ende April warteten viele tschechische Fernsehzuschauer mit Spannung auf das Fernsehduell zwischen dem ODS-Vorsitzenden Václav Klaus und dem ehemaligen ČSSD-Vorsitzenden Miloš Zeman. Ihr Auftritt war enttäuschend. Die Tageszeitung *Mladá Fronta Dnes* bezeichnete das Duell als „Treffen zweier alter Freunde“, dem jegliche Spannung und Energie fehlte.¹³⁾

Unterstützt wurde die Spekulation über eine große Koalition zudem durch die Schwäche der Koalition, dem Parteienbündnis aus KDU-ČSL und US-DEU. Das unklare Profil der Koalition wurde an den Äußerungen zu möglichen Koalitionen mit anderen Parteien deutlich: Viele zweifelten bis zuletzt an einer möglichen Regierungskoalition zwischen den Sozialdemokraten und der Koalition, denn Vladimír Špidla hatte noch im Juni gegenüber der *Mladá Fronta Dnes* angedeutet, dass er vor allem in der KDU-ČSL einen möglichen Partner sehe.¹⁴⁾ Ebenso wie bei den Wahlen vor vier Jahren hatte die liberale Freiheitsunion angekündigt, dass es für die Partei kaum vorstellbar sei, das Land gemeinsam mit den Sozialdemokraten re-

13) *Mladá Fronta Dnes* vom 29. April 2002.

14) *Mladá Fronta Dnes* vom 10. Juni 2002.

gieren zu können. Eine starke Strömung innerhalb der Partei tendierte eher zur Zusammenarbeit mit der ODS. Die Medien hielten sich bei Kommentaren über die Koalition zurück. Diese führte insgesamt einen wenig sichtbaren Wahlkampf, verpasste wichtige Chancen zur Profilierung und machte Themen frei, die sie mit Gewinn beim Wähler hätte besetzen können.

■ Kommunisten durch Wahlkampf- taktik der ODS begünstigt

Die Kommunisten stellten schon vor den Parlamentswahlen eine nicht zu unterschätzende Kraft dar – auch 13 Jahre nach der Wende. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre glaubten noch viele, die KSČM sei eine sterbende Partei. Doch tatsächlich hat die Partei in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nicht nur in den Krisenregionen wie Most und Ostrava ihre Anhängerschaft, sondern auch in vielen kleineren Gemeinden und Städten. Die dort tätigen Lokalpolitiker verfügen oft über Erfahrungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung aus der Zeit vor 1989. Eindeutig haben auch die demokratischen Parteien, insbesondere die ODS, den Aufstieg der KSČM mit verschuldet. Die Resolution zu den Beneš-Dekreten, die von der ODS und der KSČM initiiert und von allen Parlamentsparteien verabschiedet wurde, trägt auch die Unterschrift der Kommunisten.

Doch auch die europaskeptische Haltung der ODS und die verbalen Ausfälle einiger ihrer Politiker, wie die des Vertreters der ODS im Koordinierungsrat des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums, Dr. Miroslav Bednář, der im Rahmen einer Veranstaltung in Berlin von „Wien-Budapest-München“ als der „Achse des Bösen“ sprach, förderten die politischen Ziele der Kommunisten. Zudem hat der private Fernsehsender Nova, dem eine besondere Nähe zur ODS nachgesagt wird, mit zur politischen Anerkennung der Kommunisten beigetragen, indem er Vertreter der KSČM zu Diskussionsrunden einlud.

■ Die Parteien vor den Wahlen

Im Folgenden sollen die wichtigsten demokratischen Parteien, die sich an der Wahl zum Abgeordneten-

haus beteiligten, kurz skizziert werden. Auf eine Beschreibung der KSČM wird dabei verzichtet, da sie als nicht reformierte kommunistische Partei ein Relikt der Vergangenheit darstellt.

Die Bürgerliche Demokratische Partei (ODS)

Die ODS entstand aus dem bürgerlich-konservativen Spektrum der Revolutionsbewegung „Bürgerforum“ (OF). Bereits auf dem Gründungsparteitag der ODS im Jahre 1991 wurde der damalige Finanzminister der tschechoslowakischen Bundesregierung, Václav Klaus, zum Vorsitzenden gewählt. Die ODS ging aus den Parlamentswahlen im Juni 1992 als Sieger hervor und bildete mit der ODA, der KDU-ČSL und der damals noch existierenden Christlichen Demokratischen Partei (KDS)¹⁵⁾ eine Koalition, der 110 der 200 Abgeordneten angehörten.

- 15) Im März 1996 integrierte die ODS den größeren Teil der KDS.
- 16) Interview im Tschechischen Fernsehen 1 (ČT1) vom 20. November 2001.

Nach den Parlamentswahlen vom Juni 1996 verlor die Koalition ihre Mehrheit. Fortan hielt sie 99 von 200 Sitzen im Abgeordnetenhaus. Nach der Regierungskrise im Jahre 1997, hervorgerufen durch Finanzskandale der ODS und die Abspaltung eines Teils der Partei, musste Premierminister Václav Klaus zurücktreten. Seine Position als Parteivorsitzender konnte er jedoch behaupten. An der Interimsregierung von Josef Tošovský, bis dahin Generalgouverneur der Tschechischen Nationalbank, beteiligte sich die ODS jedoch nicht. Nach den Wahlen vom Juni 1998 ging die ODS in die Opposition und tolerierte auf der Grundlage der „Oppositionsverträge“ eine ČSSD-Minderheitsregierung. Im November 2001 wurde Václav Klaus auf dem Parteitag mit mehr als 90 Prozent der Stimmen wieder zum Vorsitzenden gewählt; Petr Nečas, Jan Zahradil, Ivan Langer und Miroslav Beneš wurden seine Stellvertreter. In einem Interview für das öffentlich-rechtliche Fernsehen ČT1 sagte Klaus, dass er vom Parteivorsitz zurücktreten werde, falls seine Partei die Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht gewinnen werde.¹⁶⁾ Der ODS-Vorsitzende kandidierte für Prag. Diese Entscheidung fiel erst Mitte Januar 2002, nachdem Klaus wenige Wochen vorher seine Kandidatur für die Hauptstadt zurückgezogen hatte, weil er mit den persönlichen Querelen in der Prager ODS zutiefst unzufrieden war.

Wahlergebnisse

Parlamentswahlen	Stimmenanteil	Mandate
1992	29,7 %	76
1996	29,6 %	68
1998	27,7 %	63

Das Parteiprogramm

Die stärkste bürgerliche Partei versteht sich als liberal mit wesentlichen konservativen Elementen. Sie orientiert sich wirtschaftspolitisch an einer freien Marktwirtschaft mit sozialen und ökologischen Einschränkungen. Die ODS setzt sich zumindest offiziell für eine schnelle Privatisierung, eine möglichst niedrige Umverteilungsquote und einen Steuerabbau ein, agiert jedoch in der Praxis diesbezüglich eher zurückhaltend. Außenpolitisch betont die ODS, stärker als andere Parteien, die nationalen Interessen Tschechiens. Entsprechend steht sie der europäischen Integration eher kritisch gegenüber. Lediglich die wirtschaftliche Dimension spielt für die ODS im EU-Beitrittsprozess eine wichtige Rolle. Die Partei will zudem die Wirtschaftskriminalität senken.

Spitzenkandidaten

Václav Klaus ist der umstrittene Parteivorsitzende, dessen führende Position in der ODS von keinem in der Partei ernsthaft in Frage gestellt wird. Er hat die Krise der Partei Ende 1997, Anfang 1998, die auch eine Krise seines Führungsanspruchs in der Partei selbst war, mit Bravour überstanden. Schon in den Parlamentswahlen vom Juni 1998 wurde die ODS unter seiner Führung zur zweitstärksten politischen Kraft. Der im Juni 1941 in Prag geborene Klaus studierte an der Wirtschaftshochschule in Prag. Mitte der sechziger Jahre gehörte er zu einer Gruppe junger Wirtschaftswissenschaftler, die die vorsichtigen Reformansätze der Gruppe um Ota Šík kritisierten. In den siebziger und achtziger Jahren arbeitete Klaus in der Tschechoslowakischen Nationalbank. Ende der achtziger Jahre wechselte er in das Prognose-Institut, wo an einer Art Reform des kommunistischen Modells gearbeitet werden sollte. In den Novembertagen 1989 – den entscheidenden Tagen der „Samtenen Revolution“ – wurde Klaus in das Bürgerforum, das

Sammelbecken aller Reformkräfte, aufgenommen. Wenige Tage später, am 10. Dezember 1989, wurde er Finanzminister der ersten postrevolutionären Regierung. Er setzte ein radikales Reformkonzept durch, war einer der Väter der später stark kritisierten Kupon-Privatisierung. Im Herbst 1990 wurde er zum Vorsitzenden des Bürgerforums gewählt. Ein Jahr später gründete er nach dem Zerfall des Bürgerforums die konservative ODS. Unter seiner Führung gewann die Partei die Parlamentswahlen von 1992. Klaus wurde tschechischer Ministerpräsident und handelte in der zweiten Jahreshälfte 1992 mit dem slowakischen Ministerpräsidenten, Vladimír Mečiar, die Trennung der Tschechoslowakei aus. Die erste Regierung Klaus (1992-1996) wird von den Medien als die „goldene Ära“ bezeichnet. 1996 gewann die ODS mit Klaus wiederum die Wahlen, allerdings brachten die bürgerlichen Parteien im Parlament keine Mehrheit zustande. Die zweite Regierung Klaus war entsprechend schwächer. Als wirtschaftliche Probleme gepaart mit Finanzskandalen die ODS erschütterten, wurde Ende 1997 die Regierung Klaus zum Rücktritt gezwungen.

Das Parteienbündnis Viererkoalition

Die Viererkoalition fand nach den Wahlen 1998 als Reaktion der Wähler auf den „Oppositionsvertrag“ zwischen ODS und ČSSD zunehmend Unterstützung. Darauf stützte sich auch das Konzept des Parteienbündnisses. Es kritisierte die Paktparteien scharf und wurde dabei von den tschechischen Medien unterstützt. Als jedoch das Vorhaben von ODS und Sozialdemokraten scheiterte, Verfassungsänderungen zu Gunsten der großen Parteien durchzusetzen, lockerte sich das Bündnis der zwei kleineren (ODA und DEU) und den beiden tragenden Säulen (KDU-ČSL und US). Die Mutterparteien wandten sich wieder mehr der Gestaltung ihrer eigenen politischen Strukturen und Inhalte zu. Die programmatischen Unterschiede wurden deutlicher und parteiinterne Machtkämpfe belasteten die Zusammenarbeit. Symptomatisch dafür war im Januar 2001 die Auseinandersetzung über den Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Die beiden von ihren Parteien bestimmten Kontrahenten Karel Kühnl (US) und Jaroslav Kopřiva (KDU-ČSL) blockierten sich

gegenseitig, und Cyril Svoboda (KDU-ČSL) wurde schließlich als Kompromisskandidat gewählt. Dieser scheiterte bereits im April 2001 an dem Widerstand in seiner eigenen Partei bei dem Versuch, eine Schattenregierung aufzustellen. Svoboda trat zurück und Karel Kühnl übernahm seine Position.

Um ihre Einheit als Parteienbündnis zu demonstrieren, hatten die Parteien der Viererkoalition am 29. Oktober 2001 ein Abkommen für eine enge und langfristige Zusammenarbeit unterzeichnet. In dem Vertrag verpflichteten sie sich, nicht nur zur Parlamentswahl 2002 als Bündnis aufzutreten. Zudem sollte so einer möglichen Spaltung, falls sich die Partner unterschiedlich in Richtung ODS oder ČSSD orientierten, vorgebeugt werden. Die Viererkoalition wollte den Wählern damit versichern, dass das Parteienbündnis keine auf eine kurze Zeitspanne angelegte Kooperation sei, die sich lediglich auf die Zeit der Wahlen beschränkte. Zum Abkommen gehörte auch eine gemeinsame Kandidatenliste für die Wahlen in die Abgeordnetenkammer. Gleichzeitig wurde in dem Dokument festgelegt, dass die Viererkoalition nur gemeinsam in die nächste Runde der Senatswahlen gehen wollte.

Die Zusammenarbeit der Parteien der Viererkoalition schien somit auf gutem Wege. Zumal zum 1. Januar 2002 zwei Parteien, die Freiheitsunion und die mitgliederschwache DEU, zu einer verschmolzen und sich seitdem US-DEU nennen. Damit war auch die Gefahr des Scheiterns bei den Wahlen, bedingt durch die additive Sperrklausel, beseitigt worden. Die DEU bleibt jedoch weiterhin als Plattform bestehen, was sie berechtigt, ihre eigenen Organisationsstrukturen und ihre Finanzverwaltung beizubehalten.

Bereits bei den Senatswahlen im Herbst 2000 hatte das Parteienbündnis erfolgreich zusammengearbeitet und gewonnen. Die Viererkoalition konnte sich daher durchaus reale Chancen auf einen Wahlsieg bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ausrechnen. Zu Ende des Jahres 2001 lagen ihre Wählerpräferenzen in den Umfragen bei rund 29 Prozent. Diese Hoffnungen erhielten jedoch zu Beginn des Jahres 2002 einen erheblichen Dämpfer. Die Viererkoalition scheiterte an der kleinen ODA, die einen Schuldenstand von 68 Millionen Kronen (über zwei Millionen Euro) angesammelt hatte. Bereits am 6. Dezember 2001 hatte die

KDU-ČSL die Bürgerliche Allianz aufgefordert, ihrer Bündnisverpflichtung nachzukommen und die Schuldenfrage auf eine transparente Weise zu lösen. Als die ODA jedoch nicht bereit schien, ihr Problem anzugehen, stellte die KDU-ČSL ein Ultimatum: Entweder solle die ODA sich mit der US-DEU vereinigen oder die KDU-ČSL werde nur mit der US-DEU Kandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus aufstellen. Die ODA lehnte den Vorschlag ab. Es bestätigte sich zudem, dass sie ihr Versprechen, Spenden ungenannter Sponsoren in Höhe von 5,7 Millionen Kronen wohltätigen Zwecken zukommen zu lassen, nicht eingehalten hatte. Die KDU-ČSL entschied daraufhin am 31. Januar auf ihrem kleinen Parteitag, nur mit der US-DEU in die Wahlen gehen zu wollen. Wenige Tage zuvor hatte Staatspräsident Václav Havel noch Konsultationsgespräche mit einzelnen Spitzenvertretern der Viererkoalition geführt. Der Staatspräsident appellierte an die Politiker, die ohnehin schwierige politische Situation nicht noch weiter zu belasten. Gleichzeitig lehnte es Havel aber ab, Ratschläge zu erteilen, wie die Krise der Viererkoalition beizulegen sei.

Am 1. Februar schließlich trat der Spitzenkandidat der Viererkoalition, Karel Kühnl, von seiner Funktion zurück, das Parteienbündnis löste sich damit auf. Die US-DEU nahm allerdings das Angebot der KDU-ČSL zur Fortsetzung der begonnenen Zusammenarbeit auf und schlug vor, die nach dem Ausscheiden der ODA freigewordenen Kandidatenplätze mit „unabhängigen“ Persönlichkeiten zu besetzen. Die KDU-ČSL stimmte dem zu. Die bisherige Viererkoalition ging somit in eine Zweierkoalition über. Sie nennt sich seither „Koalition“ und hat auch ihr Logo – leicht verändert – beibehalten.

Die Parteien der Koalition: Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL)

Die Tschechoslowakische Volkspartei entstand bereits 1918 durch den Zusammenschluss mehrerer katholischer Parteien. Als Blockpartei konnte sie auch während des Kommunismus überleben und schloss sich im November 1989 der Revolutionsbewegung „Bürgerforum“ (OF) an. Nach internen Reformprozessen bekannte sich die Partei im April unter neuer

Führung zum bürgerlichen Lager und nennt sich seit-her Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL). Nach dem Einzug ins Parlament im Jahr 1992 konnte die KDU-ČSL ihr Ergebnis seither mit jeder Wahl zum Abgeordnetenhaus verbessern. Nach der Regierungskrise Ende November 1997 beteiligte sich die KDU-ČSL mit drei Ministern an der Interimsregierung. Seit den Wahlen von 1998 ist sie nicht mehr an der Regierung beteiligt. Im Herbst 1998 trat krankheitsbedingt der Parteivorsitzende Josef Lux zurück. Sein Nachfolger wurde im Mai 1999 der Abgeordnete Jan Kasal, der im Mai 2001 von dem bisherigen Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden Cyril Svoboda nach einer Kampfabstimmung abgelöst wurde.

Parlamentswahlen	Stimmenanteil	Mandate
1992	6,3 %	15
1996	8,1 %	18
1998	9,0 %	20

Das Parteiprogramm

Die Partei versteht sich als christlich-demokratische Partei der Mitte. Christliche Werte und ihre Umsetzung stehen für die KDU-ČSL im Mittelpunkt. Sie bekennt sich klar zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Entsprechend fördert sie die sozialen Aspekte der Wirtschaftsreform. Die Partei unterstützt eindeutig die europäische Integration. Sie wird vorwiegend von der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten gewählt, besonders im mährischen Teil des Landes.

Der Spitzenkandidat

Cyril Svoboda ist Vorsitzender der KDU-ČSL. Er wurde 1956 in Prag geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete er als Notar. 1990 wurde er beim stellvertretenden Vorsitzenden der föderalen Regierung Berater für Menschenrechte, Restitution und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. 1992 bis 1998 war er Mitglied des Legislativrates der tschechischen Regierung. Zwischen 1992 und 1996 wirkte er als erster Vertreter des Justizministers. 1995 wurde er Mitglied der KDU-ČSL. In der Interimsregierung unter Josef Tošovský wurde er

1998 Innenminister und ist seither Abgeordneter. Cyril Svoboda gehört der jüngeren Generation an, die die Politik der Tschechischen Republik in den kommenden Jahren maßgeblich gestalten wird. Dass er dies an entscheidender Stelle tun möchte, darüber lässt er seit Anfang 2001 niemanden im Zweifel.

Die Parteien der Koalition: Die Freiheitsunion –Demokratische Union (US-DEU)

Die Freiheitsunion formierte sich zum Jahresende 1997 aus einem Teil der ODS zunächst als kritische innerparteiliche Plattform, nachdem es der ODS nicht gelungen war, glaubwürdig ihre Finanzskandale und Korruptionsverdächtigungen aufzuklären. Im Februar 1998 wurde die Partei offiziell gegründet. Die ODS leistete indirekt und ungewollt Unterstützung, indem sie die in der Plattform organisierten Vertreter aus der Partei hinausdrängte. Die Partei hatte von Anfang an die Sympathien von Staatspräsident Václav Havel. Er benannte aus der US fünf Minister der Interimsregierung von Josef Tošovský, die nach der Regierungskrise Anfang 1998 gebildet wurde und das Land bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen vom Juni 1998 regierte. Seit den Parlamentswahlen von 1998 ist die Partei in der Opposition. Seit dem 1. Januar ist die Freiheitsunion mit der Demokratischen Union zur US-DEU verschmolzen. Der bisherige Parteivorsitzende der DEU, Ratibor Majzlík, ist seit dem 1. Januar 2002 einer der fünf stellvertretenden Vorsitzenden der US-DEU.

Das Parteiprogramm

Die US befürwortet eine liberale Marktwirtschaft sowie die Dezentralisierung des Staates und setzt sich für eine aktive Umweltpolitik ein. Sie betont eine teils konservative und teils liberale Wertorientierung. Den NATO-Beitritt Tschechiens hat sie klar befürwortet und bekennt sich klar zur europäischen Integration.

Parlamentswahlen	Stimmenanteil	Mandate
1998	8,6 %	19

Die Parteiführung

Der im September 1954 in Prag geborene Karel Kühnl war der Spitzenkandidat der Viererkoalition. Ende

Januar 2002 trat er nach dem Auseinanderfallen des Parteienbündnisses von dieser Funktion zurück, er blieb weiterhin Fraktionsvorsitzender der US-DEU im Abgeordnetenhaus. Er studierte Jura in Prag, wurde 1978 aus politischen Gründen vom Studium ausgeschlossen, das er erst nach der Wende 1991 abschließen konnte. 1980 emigrierte Kühnl nach Österreich, wo er als freier Journalist arbeitete. Von 1987 bis 1991 arbeitete er bei Radio Free Europe in München. 1991 kehrte er in die Tschechoslowakei zurück, wo er als Berater des damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Senatspräsidenten der Tschechischen Republik Petr Pithart arbeitete (bis 1992). Später ging er als tschechischer Botschafter nach Großbritannien. Anfang 1998 berief ihn Josef Tošovský in seine Interimsregierung als Industrie- und Handelsminister (bis Mitte 1998). Im Juni 1998 wurde Kühnl für die Freiheitsunion in die Abgeordnetenkammer gewählt. Ende 1999 übernahm er den Vorsitz der US bis zu seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der Viererkoalition im Mai 2001. Kühnl gehört zu den profilierten Befürwortern eines schnellen EU-Beitritts Tschechiens. Diesem Ziel passte er auch weitgehend die Politik seiner Partei im Abgeordnetenhaus an. „Wenn es um den Beitritt zur Europäischen Union geht, sind wir (die Freiheitsunion – Anmerk. der Autoren) stets zur Zusammenarbeit bereit. Deshalb haben wir nahezu ausnahmslos alle Regierungsvorlagen zu diesem Thema unterstützt“, erklärte er im Dezember 2000 in einem Presseinterview.¹⁷⁾

Seit Mai 2001 ist Hana Marvanová Vorsitzende der Freiheitsunion. Die 1962 im mährischen Rýmařov geborene Absolventin der Rechtswissenschaften engagierte sich politisch bereits vor der Wende. 1988 gründete sie die Bürgerinitiative „Unabhängige Friedensbewegung“. Dafür wurde sie für sechs Monate inhaftiert. Nach der Wende zog sie schon im Februar 1990 zuerst für das Bürgerforum, 1992 dann für die ODS in das Parlament. Anfang 1998 trat sie aus der ODS aus und der Freiheitsunion bei, bis Mai 1998 war sie Abgeordnete der US.

17) *Právo* vom 11. Dezember 1999.

Die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD)
Die tschechische Sozialdemokratie hat eine lange Tradition. Seit 1897, mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts, waren die tschechischen Sozialdemokra-

ten im Wiener Reichsrat vertreten. 1920 erreichten sie in den Parlamentswahlen in der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1939) 25,7 Prozent. 1948 erfolgte das Verbot der Partei. Im November 1989 nahm die ČSSD ihre Arbeit erneut auf. Von 1993 bis 2001 war Miloš Zeman Parteivorsitzender. Seit den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1998 regiert die ČSSD Tschechien durch eine Minderheitsregierung.

Parlamentswahlen	Stimmenanteil	Mandate
1992	6,5 %	16
1996	26,4 %	61
1998	32,31 %	74

Die Führungsfiguren

Vladimír Špidla ist Vorsitzender der ČSSD. Der studierte Historiker wurde 1951 in Prag geboren. Er arbeitete in verschiedenen Berufen, wie z.B. in einem Sägewerk und einer Molkerei. Erst 1989 ging er in die Politik und beteiligte sich am Bürgerforum (OF) in Budweis, wandte sich aber dann den Sozialdemokraten zu. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern dieser Partei. 1992 wurde er bereits Vorstandsmitglied der ČSSD. Seit 1996 ist er Parlamentsabgeordneter und seit den Wahlen im Juni 1998 gehört er der Regierung an. In den Medien wird Špidla als *Workaholic* bezeichnet, der im auffälligen Gegensatz zu seinem Vorgänger weder raucht noch Alkohol trinkt.

Stanislav Gross ist Innenminister und stellvertretender Parteivorsitzender. Der 31-jährige trat 1990 in die Partei ein und war bis 1993 Vorsitzender der Jungen Sozialdemokraten. Seit 1992 ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses und war in den Jahren 1998 bis 2000 Vorsitzender der ČSSD-Fraktion. Er unterstützt den Parteivorsitzenden Špidla und findet großen Rückhalt in den Kreisorganisationen.

18) Siehe Anlage 2: Wahlergebnis für alle Parteien mit Anzahl der Stimmen und prozentualen Anteil.

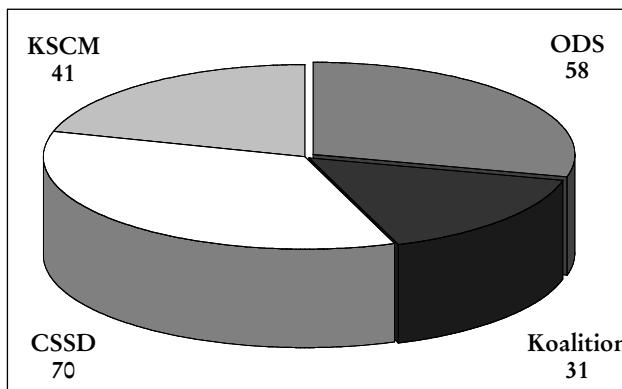
■ Das Wahlergebnis¹⁸⁾

Die tschechischen Wähler haben sich am 14. und 15. Juni 2002 für eine neue Zusammensetzung der 200 Mandate des Abgeordnetenhauses entschieden. Die Mitte-Rechts-Parteien haben insgesamt Einbußen hinnehmen müssen. Sieger der Parlamentswahlen sind die Parteien des linken politischen Spektrums,

die erstmals nach der „Samtenen Revolution“ zusammen die Mehrheit der Stimmen im Lande bekamen. Die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) verliert zwar ebenfalls, bleibt aber stärkste Kraft. Gewinner sind eindeutig die Kommunisten (KSČM). Die Wahlbeteiligung betrug nur 58 Prozent. Der Anteil der Frauen auf den Wahllisten betrug 26,49 Prozent; nur 34 Frauen schafften den Sprung in die Volksvertretung. Dies entspricht einem Anteil von 17 Prozent. Nur folgende fünf Parteien mit einem Stimmenanteil von mehr als fünf Prozent zogen in das Abgeordnetenhaus ein:

Partei	Stimmen	Stimmen	Sitze	Sitze
ČSSD	32,31 %	30,20 %	74	70 (- 4)
ODS	27,74 %	24,47 %	63	58 (- 5)
KSČM	11,03 %	18,51 %	24	41 (+ 17)
„Koalition“ ¹⁹⁾	17,60 %	14,27 %	39	31 (- 8)

19) Die Parteien der Koalition, KDU-CSL und US-DEU, traten 1998 noch getrennt bei den Wahlen an.



Die Sozialdemokraten haben den Wahlsieg von vor vier Jahren wiederholen können. Allerdings haben sie im Abgeordnetenhaus mit 70 Sitzen nun vier Stimmen weniger. Die ODS wird mit 58 Mandaten sogar fünf Sitze weniger haben als in der vorangegangenen Legislaturperiode. Die Koalition musste den größten Rückschlag hinnehmen. Mit 31 Sitzen im Abgeordnetenhaus hat das Parteienbündnis nun acht Sitze weniger, wobei aber die Christdemokraten auf Grund der Präferenzstimmen im Vergleich zu 1998 zwei Mandate zusätzlich erringen konnten. Eine unabhängige Abgeordnete ist auf der Wahlliste der US-DEU

und ein unabhängiger Abgeordneter auf der Wahlliste der KDU-ČSL gewählt worden. Die Kommunisten konnten dagegen deutlich zulegen und werden mit 41 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion stellen. Sie haben 17 Sitze hinzu gewonnen. Zwei Parteien – die Vereinigung der Unabhängigen mit 2,78 Prozent und mit 2,36 Prozent die Partei der Grünen – schafften noch den Sprung über die 1,5-Prozent-Hürde, die hinsichtlich der einmaligen Wahlkampfkostenerstattung von Bedeutung ist. Die Drei-Prozent-Hürde, die eine Partei für einen weiteren jährlichen staatlichen Zuschuss qualifiziert, wurde von keiner der kleinen Parteien überwunden. Insgesamt 12,55 Prozent erhielten die 24 Parteien, die die Fünf-Prozent-Hürde nicht schafften.

■ Die Ergebnisse in den 14 Wahlbezirken

In 12 von 14 Wahlbezirken schnitt die ČSSD als beste Partei ab. Im mährisch-schlesischen Bezirk erreichte sie mit 36,13 Prozent ihr bestes Ergebnis. Die ODS konnte nur in Prag (33,83 Prozent) und im nordböhmischen Bezirk Liberec die ČSSD schlagen und den ersten Platz belegen. In acht Bezirken lag die ODS auf Platz zwei. Die Koalition wurde in 12 von 14 Wahlbezirken auf den letzten Platz verwiesen. Die größten Einbußen verbuchte die ODS in Prag (8,62 Prozent weniger als 1998). Die Koalition verlor am deutlichsten im Bezirk Hradec Kralove (7,71 Prozent weniger als 1998). Die ČSSD verlor im Bezirk Ústí am drastischsten (6,42 Prozent weniger als 1998), hier verzeichneten die Kommunisten den größten Stimmenzuwachs mit elf Prozent. Die Kommunisten belegten in mehreren Wahlbezirken den zweiten Platz.

20) *Mladá Fronta Dnes* vom 17.Juni 2002.

Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise²⁰⁾:

Wahlkreis	Prozent	Anzahl der Mandate
Prag		
ODS	33,8	10
ČSSD	25,9	7
Koalition	18,5	5
KSČM	11,1	3

Wahlkreis	Prozent	Anzahl der Mandate
Mittelböhmischer Kreis		
ČSSD	31,5	8
ODS	26,8	7
KSČM	18,7	5
Koalition	11,9	3
Südböhmischer Kreis		
ČSSD	30,3	4
ODS	26,0	4
KSČM	18,2	2
Koalition	12,2	2
Kreis Karlsbad		
ČSSD	29,3	2
ODS	24,7	2
KSČM	22,0	1
Koalition	8,9	0
Kreis Ústí		
ČSSD	29,1	5
KSČM	25,0	4
ODS	24,2	4
Koalition	7,8	1
Kreis Pilsen		
ČSSD	30,3	4
ODS	25,5	3
KSČM	19,6	3
Koalition	11,8	1
Kreis Hradec Králové		
ČSSD	27,5	4
ODS	26,6	3
KSČM	16,0	2
Koalition	14,4	2

Wahlkreis	Prozent	Anzahl der Mandate
Kreis Pardubice		
ČSSD	29,4	3
ODS	22,9	3
KSČM	17,4	2
Koalition	16,8	2
Kreis Liberec		
ODS	27,4	3
ČSSD	27,0	3
KSČM	17,2	1
Koalition	13,2	1
Südmährischer Kreis		
ČSSD	29,9	8
ODS	20,9	6
KSČM	19,8	5
Koalition	17,3	4
Kreis Olmütz		
ČSSD	31,9	4
KSČM	21,0	3
ODS	20,3	3
Koalition	13,9	2
Kreis Zlín		
ČSSD	29,1	4
ODS	21,5	3
Koalition	19,5	3
KSČM	16,7	2
Kreis Böhmis-ch-mährische Hochebene		
ČSSD	32,0	4
KSČM	19,7	3
ODS	19,2	3
Koalition	16,9	2

Wahlkreis	Prozent	Anzahl der Mandate
Mährisch-schlesischer Kreis		
ČSSD	36,1	10
KSČM	21,0	5
ODS	19,4	5
Koalition	11,8	3

Zumindest erwähnt werden soll, dass der Versuch zur Gründung einer neuen bürgerlichen Partei, Cesta změny (Weg der Veränderung), unter Führung des ehemaligen Stellvertretenden Vorsitzenden der US, Jiří Fürst Lobkowicz, misslang, da sich die Bewegung bereits vor dem Gründungsparteitag spaltete. Die Lobkowicz-Partei erreichte nur 0,27 Prozent (13169 Stimmen). Die weitere aus ihr hervorgegangene Bewegung/Partei Naděje (Hoffnung) mit der ehemaligen Studentenführerin Monika Pajerová an der Spitze erhielt 0,62 Prozent (29955 Stimmen). Die ODA kandidierte als selbständige Partei. Sie erhielt nur 0,5 Prozent (24278 Stimmen).

■ Die Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung war Besorgnis erregend niedrig. Nur 58 Prozent der acht Millionen Stimmberechtigten – es wurden 4768 006 gültige Stimmen abgegeben – traten an die Wahlurnen. Das waren 16 Prozent weniger als bei den Parlamentswahlen im Jahr 1998, als 74,03 Prozent ihre Stimme abgaben. Bei den Parlamentswahlen 1996 waren es noch 76,4 Prozent gewesen. Die niedrige Wahlbeteiligung hat die ODS und die Koalition, aber auch die Sozialdemokraten Stimmen gekostet. Politische Beobachter gehen von je einem Prozent weniger Stimmen für diese Parteien aus. Die Kommunisten mit ihrer stabilen und treuen Wählerschaft haben dagegen von der niedrigen Wahlbeteiligung profitieren und so etwa um ein Prozent zulegen können.

ČSSD, ODS und Koalition haben jede etwa 500 000 Stimmen im Vergleich zu den Wahlen von 1998 verloren. Die Kommunisten konnten sich dagegen auf den harten Kern ihrer Wähler verlassen und zudem noch etwa 230 000 neue Wähler hinzu gewinnen.

21) *Mladá Fronta Dnes* vom 17. Juni 2002.

22) Im Jahre 2002 traten diese Parteien als Wahlbündnis an.

23) *Hospodářské Noviny* vom 17. Juni 2002.

Vergleich der Anzahl der Wählerstimmen in den Wahlen 1998 und 2002²¹⁾:

Partei	Stimmen-anzahl 1998	Stimmen-anzahl 2002
ČSSD	1928660	1440279
ODS	1656011	1166975
KDU-ČSL, US, DEU ²²⁾	1135040	680671
KSČM	658550	882653

■ Wahlverhalten der sozialen Gruppen

Die folgenden Tabellen zeigen das Wahlverhalten unter verschiedenen Kriterien und im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 1998:²³⁾

Erstwähler	Prozent	Prozent
ČSSD	29	+ 1
ODS	27	- 2
KSČM	5	- 1
Koalition	16	-

Wahlverhalten in Großstädten

ČSSD	27	- 4
ODS	32	0
KSČM	8	+ 1
Koalition	20	-

Wahlverhalten außerhalb der Großstädte

ČSSD	31	- 2
ODS	22	+ 1
KSČM	15	+ 1
Koalition	19	-

Wähler ohne Hochschulreife

ČSSD	31	- 4
ODS	20	- 1
KSČM	20	+ 8
Koalition	15	-

Wähler mit Hochschulbildung	Prozent	Prozent
ČSSD	30	+ 6
ODS	30	- 4
KSČM	9	+ 1
Koalition	20	-
<hr/>		
Unternehmer		
ČSSD	20	-
ODS	46	-
KSČM	7	+ 2
Koalition	15	-

In den Großstädten verzeichnet die ODS ein besseres Ergebnis als die Sozialdemokraten. Auffällig ist, dass besonders unter der Wählergruppe ohne Hochschulreife die Kommunisten einen Zuwachs von acht Prozent verzeichnen konnten. Bei den Wählern mit Hochschulabschluss konnte die ČSSD ihr Ergebnis um sechs Prozent steigern, die ODS verlor bei dieser Gruppe vier Prozent. Nach wie vor haben die Bürgerlichen Demokraten ihr stärkstes Potenzial in der Unternehmerschaft mit 46 Prozent. Verbessert wurde das Ergebnis hier jedoch nicht. Die KSČM hat sogar in dieser Wählergruppe zwei Prozent hinzugewonnen.

■ Die Wirkung der Präferenzstimmen

Eine zunächst wenig beachtete Änderung des tschechischen Wahlrechts hinsichtlich der „Präferenzstimmen“ führte zu so nicht erwarteten Konsequenzen. Auf Grund der unterschiedlichen Unterstützung der beiden Parteien der Koalition in den Regionen führte die Gesetzesänderung zu erheblichen Verschiebungen auf den Wahllisten. Das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den beiden Koalitionspartnern kam klarer denn je zu Vorschein. Die Mandate der beiden Parteien verteilen sich also nicht wie erwartet gleichmäßig, sondern die KDU-ČSL bekam 22 Mandate und die US-DEU nur neun. Bei beiden Parteien entfiel jeweils ein Mandat auf einen Unabhängigen bzw. eine Unabhängige. Zur Bildung einer eigenen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind zehn Mandate gesetzlich vorgeschrieben. Ferner zeigte sich, dass von

den sieben Spitzenkandidaten der US-DEU nur zwei überhaupt in das Abgeordnetenhaus gewählt wurden. So wurden drei stellvertretende Parteivorsitzende der US-DEU nicht wieder gewählt, darunter auch der Erste Stellvertretende Parteivorsitzende und Finanzminister a.D. Ivan Pilip. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Freiheitsunion mit den besonders in Mähren stark verwurzelten Christdemokraten nicht Schritt halten konnte. In vielen Regionen wurden deshalb die Kandidaten der Freiheitsunion von den Christdemokraten dank der Präferenzstimmen übersprungen. Somit gewannen die Christdemokraten sogar zwei Mandate hinzu. Bei den anderen Parteien hat sich das Präferenzsystem kaum ausgewirkt.

■ Erste Stimmen aus den Parteien nach der Wahl

Vladimír Špidla, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, hatte vor den Wahlen deutlich erklärt, im Falle eines Wahlsieges mit der Koalition eine Regierungskoalition bilden zu wollen. Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der ODS hatte Špidla kurz vor der Wahl wiederholt eindeutig ausgeschlossen. Entsprechend waren seine ersten Reaktionen am Abend des letzten Wahltages: „Wir haben gesagt, dass der erste Partner für uns die Koalition ist und daran hat sich nichts geändert.“ In einem Interview für die Sonderausgabe der linken Tageszeitung *Právo* ließ er jedoch auch die Möglichkeit einer Minderheitsregierung anklingen.²⁴⁾

Cyril Svoboda, Vorsitzender der KDU-ČSL, sieht in einer Koalition mit der ČSSD, die sich auf 101 Sitze im Abgeordnetenhaus stützen könnte, durchaus eine ausreichend stabile Regierung. „Entscheidend für eine solche Koalition ist doch auch, wie stark die Opposition sein wird“, betonte Svoboda.

Hana Marvanová, die Vorsitzende der US-DEU, räumte in einer ersten Reaktion offen ein, dass die Koalition eine Niederlage habe hinnehmen müssen. Aber auch sie sei grundsätzlich bereit, mit den Sozialdemokraten in Koalitionsgespräche zu treten.²⁵⁾

Václav Klaus, Vorsitzender der ODS, räumte die Wahlniederlage seiner Partei unumwunden ein: „Es ist offensichtlich, dass diese Wahl für die ODS ein Misserfolg ist“, betonte der Politiker gegenüber der tschechischen Nachrichtenagentur ČTK.²⁶⁾ Die Wähl-

24) Sonderausgabe *Právo* vom 16. Juni 2002.

25) ČTK vom 16. Juni 2002.

26) Ebd.

ler hätten mit ihrer Entscheidung einen Linksruck gewollt. Insgesamt seien die Parlamentswahlen ein Misserfolg für alle konservativen Parteien. „Einige Parteien wollten, dass die ODS verliert und haben sich darauf konzentriert. Dabei haben sie allerdings selbst verloren“, erläuterte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Klaus die Ursachen für den Misserfolg der konservativen Parteien. Er selbst werde über seinen persönlichen Anteil an der Niederlage seiner Partei nachdenken, ergänzte der Politiker. Der renommierte Politologe Jacques Rupnik unterstrich in diesem Zusammenhang, dass er sich schwerlich einen Václav Klaus vorstellen könne, der „geduldig in der Opposition auf die nächste Chance“ warten könne.

Miroslav Grebeníček, Vorsitzender der KSČM, lehnte in einer ersten Reaktion gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine „stille Unterstützung“ für die Sozialdemokraten ab. „Für uns kommt einzig eine offene Kooperation in Frage“, unterstrich der Politiker.

Vertreter der Europäischen Kommission zeigten sich überwiegend zufrieden mit dem Ausgang der Wahlen. Jean-Christophe Filori, Sprecher von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, erklärte, dass das Wahlergebnis die europäische Orientierung der Tschechischen Republik bestätige und es auch Ausdruck der politischen Stabilität des Landes sei.²⁷⁾

■ Pressestimmen nach den Wahlen

Die großen Tageszeitungen gingen in Sonderausgaben vom 16. Juni 2002 ausführlich auf die Ergebnisse der Parlamentswahlen ein.²⁸⁾

Die liberale Tageszeitung *Mladá Fronta Dnes* schrieb über den Erfolg der Kommunisten: „In dieser Prüfung der Kommunikation hat die Rechte versagt. Klaus hat nach vier Jahren einer Scheinopposition fast alles verloren. Gewählt haben ihn nur die Treuesten unter den Treuen. Die Koalition hat gleich doppelt versagt. Sie wollte den Bürgern weismachen, dass sie anders sei als jene Politiker, die das Vertrauen verloren haben. Mit ihren innerparteilichen Konflikten verspielte die Koalition aber dann selbst das Vertrauen der Bürger.“ Gleichzeitig warnte die Zeitung: „Die Kommunisten haben noch nicht völlig gewin-

27) *The Prague Post* vom 19. bis 25. Juni 2002.

28) Alle Zitate aus den Tageszeitungen vom 16. Juni 2002.

nen können. Aber beim nächsten Mal ist das gut möglich.“

Die linke Tageszeitung *Právo* meinte, dass es auf den ersten Blick scheinen könnte, dass die Wähler eine Koalition aus ČSSD und KSČM wollen. Dem sei aber nicht so. Denn dann würden die Bürger die Kommunisten direkt wählen. „Die Bürger wollen vielmehr eine Regierung, die aktiv ist und den allgemeinen Wohlstand verfolgt (deshalb verlor die egoistische ODS), und die Bürger schätzen es, frei wählen zu dürfen (deshalb misstrauen sie der KSČM)“, urteilte der Kommentator. Gleichzeitig räumte er ein, dass eine Regierung aus ČSSD und Koalition keine stabile Zukunft habe. Programmatisch gebe es zu wenig Gemeinsamkeiten. Für die kommenden 18 Monate könnte der anstehende Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union ausreichend Bindemittel für eine Koalitionsregierung aus ČSSD und Koalition geben. Danach schließt der Kommentator vorgezogene Neuwahlen nicht aus.

Die Wirtschaftszeitung *Hospodářské Noviny* führte den Erfolg der Kommunisten darauf zurück, dass diese von den demokratischen Parteien „öffentlich legalisiert“ wurden. Unterstützt wurde dieser Prozess von den Medien, die die Kommunisten zu verschiedenen Debatten einluden. Aber einen starken Impuls habe dieser Prozess erhalten, als die demokratischen Parteien die Kommunisten in die Debatte um die Beneš-Dekrete als gleichberechtigten Partner einzogen und mit diesen gemeinsam eine Deklaration verabschiedet hätten. Letztlich habe die ODS mit einer scharfen Kritik an sozialistischen Ideen immer auf die ČSSD – teilweise auch auf die Koalition – gezielt, nie oder selten aber auf die KSČM.

Die liberal-konservative Tageszeitung *Lidové Noviny* meinte wiederum, dass der erstarkende linke Extremismus die Kehrseite einer weit verbreiteten Gleichgültigkeit sei. Die niedrige Wahlbeteiligung spiegele dies wider. Die hohen Stimmgewinne der Kommunisten führte die Zeitung darauf zurück, dass es den anderen Parteien nicht gelungen sei, die Wähler zu gewinnen. Hinzu komme, so *Lidové Noviny*, dass zahlreiche kleine Parteien den großen Stimmen geraubt hätten. Und nicht zuletzt sei es die nationalistische Kampagne um die Beneš-Dekrete gewesen, in der das „alte Gespenst des deutschen Fein-

des“ wieder belebt worden sei, das Wähler den Kommunisten zugetrieben habe.

■ Perspektiven und eine erste Beurteilung der politischen Entwicklung

Staatspräsident Václav Havel hatte schon am Sonntag nach den Wahlen die Vorsitzenden der demokratischen Parlamentsparteien zu Konsultationen eingeladen. Die Kommunisten sprach das Staatsoberhaupt nicht an. Er wurde dafür von den Sozialdemokraten heftig kritisiert. Schon am Montag darauf, nach Bekanntwerden der offiziellen Wahlergebnisse, beauftragte Havel den Vorsitzenden der ČSSD mit der Regierungsbildung.

Einen Tag später fand ein erstes konsultatives Treffen zwischen den Spitzen der ČSSD und der Koalition statt. In beiden Gruppierungen überwiegt der Wille zum Konsens, eine Mitte-Links-Regierung unter Führung von Špidla scheint mehr als wahrscheinlich. Die Verhandlungsposition der Koalition ist äußerst bescheiden, sie muss sich letztlich dem Wahlergebnis unterordnen. Die Vertreter der Koalition sind prinzipiell bereit, mit den Sozialdemokraten eine Regierung einzugehen. Bestrebungen des Vorsitzenden der KDU-ČSL, Svoboda, mit der ČSSD eine Regierung zu bilden, sind seit langem bekannt. In den letzten Tagen des Wahlkampfes sprachen sich, trotz programmatischer Bedenken, auch Vertreter der US-DEU für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten aus. Die Koalition wird aller Voraussicht nach fünf Ministerposten zugestanden bekommen. Als zukünftiger Außenminister ist Cyril Svoboda im Gespräch. Diese Regierung würde zwar mit 101 von 200 Mandaten im Abgeordnetenhaus nicht gerade ein Ausweis für stabile politische Verhältnisse sein, könnte aber insbesondere den schwierigen Prozess des EU-Beitrittes des Landes am ehesten bewerkstelligen.

Politische Beobachter erwarten von einem solchen Kabinett eine weitgehende Fortführung der bisherigen Politik, vor allem im Hinblick auf die Vorbereitung des Landes auf den EU-Beitritt. Im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich werden sich die Partner wohl auf einen gemeinsamen Nenner einigen können, größere Einschnitte in das soziale Netz sind nicht zu

erwarten. Die direkten Steuern werden leicht sinken und die indirekten entsprechend steigen. In den Jahren 2003 bis 2007 soll eine Reform der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel durchgeführt werden, das Haushaltsdefizit im Jahre 2008 unter drei Prozent des BSP zu drücken.

Es wird jedoch auch die Befürchtung geäußert, dass ein Ministerpräsident Špidla möglicherweise über die Köpfe des kleineren Regierungspartners hinweg im Parlament für sozialdemokratische Vorlagen die Stimmen der Kommunisten nutzen werde. Die liberale *Lidové Noviny* schreibt: „Die programmatischen Überschneidungen zwischen ČSSD und KSČM sind im Bereich Sozialpolitik stark. Auch gegen den Widerstand des möglichen Regierungspartners Koalition ließen sich mit Unterstützung der Kommunisten im Parlament sehr interessante Gesetze verabschieden. Das ist der Grund, warum der Vorsitzende der Sozialdemokraten sich gegenüber der KSČM ein Türchen offen hält.“²⁹⁾ Die Koalition besteht daher auf einer Garantie, dass die ČSSD in grundsätzlichen Entscheidungen nicht mit wechselnden Mehrheiten regiert.

Die Sozialdemokraten konnten gegenüber dem größten Konkurrenten ODS erst in den letzten Monaten Boden gut machen. Die bessere Darstellung der beachtlichen wirtschaftlichen Erholung des Landes war sicherlich einer der Gründe dafür. Darüber hinaus konnte ihr Vorsitzender Špidla nach Meinung der Medien die wichtigen direkten Fernsehduelle mit Václav Klaus für sich entscheiden. Seine Stellung dürfte sich nun in seiner Partei gegenüber Miloš Zeman wesentlich gefestigt haben. Zeman hatte zwar vor den Wahlen angekündigt, dass er sich aus der Politik zurückziehen werde, dennoch erwarteten viele politische Beobachter weitere Machtkämpfe innerhalb der ČSSD.

Hat die politische Linke ihre Positionen in den Wahlen festigen können, so müssen die bürgerlichen Parteien über die Ursachen ihrer Wahlniederlage nachdenken. Die liberale Tageszeitung *Mladá Fronta Dnes* kommentierte denn auch: „Am schlimmsten hat es die Rechten erwischt. Nach fünf Jahren unsinnigen persönlichen Hasses und dem Oppositionsvertrag ist die Situation der tschechischen Rechten katastrophal. Unser Land ist wieder um etwas roter geworden und

29) *Lidové Noviny* vom 17. Juni 2002.

das hilft weder unserer Wirtschaft noch dem Stand der Demokratie.“³⁰⁾

Der Wahlkampf der ODS zeigte sich als wenig erfolgreich. Er war zu sehr auf die Person von Václav Klaus zugeschnitten („Die Nation wählt Klaus“) und sprach vordergründig zu oft die Ängste und Emotionen der Wähler an. Programmatische Aussagen, einst ein Markenzeichen der ODS, spielten eine untergeordnete Rolle. Das schlechte Abschneiden der ODS in Prag ist sicherlich zu einem Großteil auf den Rücktritt ihres Prager Oberbürgermeisters, Jan Kasl, kurz vor den Wahlen zurückzuführen. Kasl verließ die ODS, weil er sich nicht gegen die Korruption in seiner eigenen Partei im Stadtparlament habe durchsetzen können. Kasl hat angekündigt, eine neue Partei („Europäische Demokraten“) gründen zu wollen.

Erste Andeutungen, der Vorsitzende der ODS, Václav Klaus, werde persönlich die Konsequenzen aus dem Misserfolg in den Wahlen ziehen, bestätigten sich vorerst nicht. Die Partei beauftragte ein Gremium mit der Analyse des Abschneidens der Partei. Klaus berief für den Dezember 2002 einen Parteikongress ein, auf dem er und der gesamte Vorstand seine Funktion zur Disposition stellen wird. In einem Interview für die *Mladá Fronta Dnes* legte er seine Sicht dar. Die ODS sei immerhin auf Platz zwei gelangt, habe etwa ein Viertel der Wähler gewinnen können. „Das ist doch keine Tragödie“³¹⁾, urteilte er. In dem Gespräch schloss er seine Kandidatur für das Amt des Staatsoberhauptes für den Fall aus, dass die ČSSD mit der Koalition eine Regierung bilde. Ob dies nun bereits das „Ende der Ära Klaus“³²⁾ bedeutet, kann aber mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden. Als ein möglicher Nachfolger von Klaus wird der mährisch-schlesische (Landes-) Hauptmann Evžen Tošenovský gehandelt. Die Bürgerlichen Demokraten verfolgten mit der Kampagne der Sicherung der nationalen Interessen das Ziel, die Sozialdemokraten zu schwächen. Letztlich mussten sie dafür jedoch selbst einen herben Rückschlag hinnehmen. Der Politologe Rudolf Kučera kommentierte das Verhalten der ODS mit den Worten: „Über diese nationalistischen Leidenschaften freuen sich allerdings diejenigen, welche für anti-westliche, anti-EU und anti-deutsche Aversion sozusagen ein Patent besitzen: die tschechischen Kommunisten.“³³⁾ Die Partei von

30) *Mladá Fronta Dnes* vom 17. Juni 2002.

31) *Mladá Fronta Dnes* vom 21. Juni 2002.

32) *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Juni 2002.

33) *Prager Zeitung* vom 20. Juni 2002.

34) Ebd.

35) *Prager Zeitung* vom 27. Juni 2002.

Václav Klaus will sich zunächst darauf konzentrieren, die Wahlniederlage vom Juni bei den anstehenden Wahlen zu Ende des Jahres 2002 wieder wettzumachen. Ob das einer nicht reformierten ODS gelingen wird, bezweifeln allerdings einige Politologen.³⁴⁾ Bohumil Doležal, Politologe und ehemaliger Berater von Václav Klaus, glaubt nicht an die Reformierbarkeit der ODS. Sollte Klaus tatsächlich abtreten, erwartet er ein Abdriften der Partei an den rechten Rand des politischen Spektrums. Mit Klaus wird die Partei, so der Politologe, allerdings ebenfalls weiterhin für nationalistische Töne sorgen.³⁵⁾ Der ODS wird die Hintertür des Zuganges zur Macht auf der Grundlage des „Oppositionsvertrages“ in Zukunft weitgehend verschlossen bleiben. Sie wird einflussreiche Stellen in staatlichen Institutionen und halbstaatlichen Unternehmen verlieren. Die Bürgerlichen Demokraten stehen an einem Scheideweg. Von der Entwicklung dieser Partei wird es im Wesentlichen abhängen, ob bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus die Kräfte des Mitte-Rechts-Spektrums vereint gegen Sozialdemokraten und Kommunisten antreten werden.

Die Tatsache, dass die Freiheitsunion auch auf Grund der Präferenzstimmen so schlecht abgeschnitten hat, sorgte für erhebliche Spannungen innerhalb der Koalition. Die US-DEU wird aber einen Fraktionsstatus im Abgeordnetenhaus erhalten, da ein unabhängiger Mandatsträger, der auf der Liste der KDU-ČSL in das Abgeordnetenhaus einzog, sich nun der Fraktion des kleineren Partners des Wahlbündnisses anschliessen wird. Ob es der Führung der US-DEU gelingt, das Dilemma zwischen Regierungsbeteiligung und programmatischer Bewahrung der Identität aufzulösen, bleibt abzuwarten. Veränderungen in der Führungsmannschaft sind aber erst nach der Sommerpause zu erwarten. Die Vorsitzende der US-DEU hat bereits angekündigt, im September ihr Amt zur Verfügung stellen zu wollen. Sie forderte die gesamte Parteiführung auf, es ihr gleich zu tun.

Die KDU-ČSL wird sehr wahrscheinlich ihr Minimalziel einer Regierungsbeteiligung erreichen. Trotz des Zuwachses eines Abgeordnetenmandates ist die Partei aber von dem Wahlergebnis sehr enttäuscht, da man sich nach den Umfrageergebnissen zu Ende des Jahres 2001 viel mehr Zuspruch durch die Wähler er-

hofft hatte. Die Position von Cyril Svoboda dürfte aber nicht geschwächt worden sein. Ein wichtiges Gegengewicht in der Partei bleibt der Fraktionsvorsitzende Jan Kasl, der auch als neuer Vorsitzender des Abgeordnetenhauses im Gespräch ist.

Die Tatsache, dass alle demokratischen Kräfte Verluste zu verzeichnen haben, ist vor allem auch Ausdruck der großen Unzufriedenheit der Bevölkerung. Den vielen kleinen Parteien gelang es nicht, diese Protesthaltung für sich nutzbar zu machen. Die frustrierten Wähler reagierten mit einem Wahlboykott oder gaben gleich den Kommunisten ihre Stimme. Die KSČM, eine der letzten nicht reformierten kommunistischen Parteien der Welt, wurde durch die Einbeziehung in die Resolution des Abgeordnetenhauses zu den Beneš-Dekreten politisch erheblich aufgewertet und konnte diesen großen Erfolg direkt in zusätzliche Stimmen ummünzen.

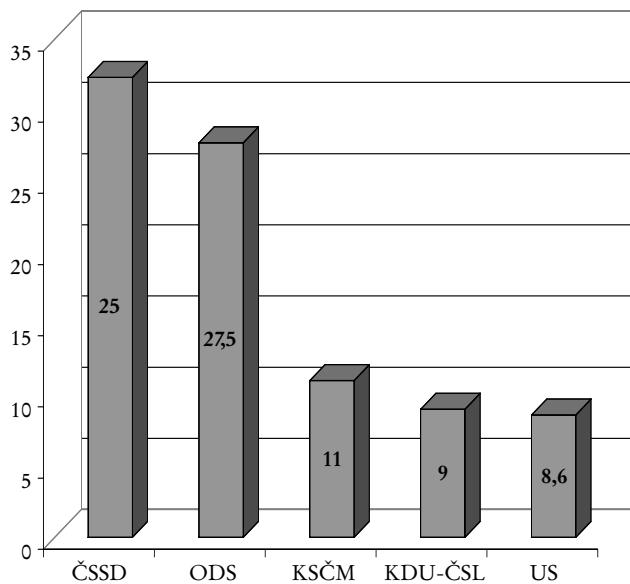
Die Frage der Nachfolge von Staatspräsident Havel bleibt auch nach dem Urnengang offen. Durch das schlechte Abschneiden der Koalition verringert sich aber auch der Einfluss des Staatspräsidenten.

In Tschechien gilt in diesem Jahr: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Die Bürger werden im Herbst gleich noch zweimal an die Wahlurnen gerufen, es bleibt daher weiter spannend. Es ist durchaus möglich, dass der Wähler die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus dann wieder korrigiert.

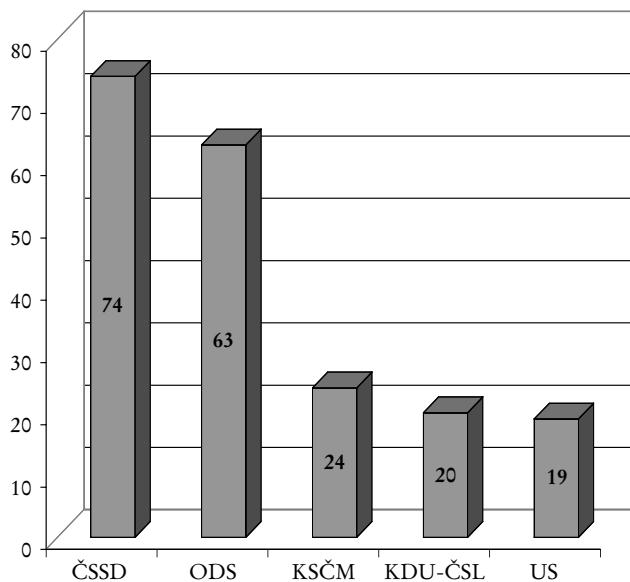
Das Manuskript wurde am 29. Juni 2002 abgeschlossen.

■ **Anlage 1:**
Die Parlamentswahlen
vom Juni 1998

■ **Ergebnisse der Wahlen
der Abgeordnetenkammer
1998 – Prozentanteil an
gültigen Wählerstimmen**



■ **Ergebnisse der Wahlen
zum Abgeordnetenhaus
1998 – Anzahl der Mandate
der Parteien**



■ Anlage 2:
Ergebnis der Wahlen des tschechischen
Abgeordnetenhauses 2002

Name der Wahlliste	Gültige Stimmen Anzahl	in %	I Stimmen der Parteien, Bewegungen, Koalitionen
1 Česká strana sociálně demokratická	1 440 279	30,20	
2 Občanská demokratická strana	1 166 975	24,47	
3 Komunistická strana Čech a Moravy	882 653	18,51	
4 Koalice (KDU-ČSL, US-DEU)	680 671	14,27	
5 Sdružení nezávislých	132 699	2,78	
6 Strana zelených	112 929	2,36	
7 Republikáni Miroslava Sládka	46 325	0,97	
8 Strana venkova – spojené občanské síly	41 773	0,87	
9 Strana za životní jistoty	41 404	0,86	
10 Česká strana národně sociální	38 655	0,81	
11 Naděje	29 955	0,62	
12 Pravý blok	28 163	0,59	
13 Občanská demokratická aliance	24 278	0,50	
14 Volba pro budoucnost	16 730	0,35	
15 Cesta změny	13 169	0,27	
16 Moravská demokratická strana	12 957	0,27	
17 Strana zdravého rozumu	10 849	0,22	
18 Akce za zrušení Senátu a proti tunelování	9 637	0,20	
19 Balbínova poetická strana	9 287	0,19	
20 Humanistická aliance	8 461	0,17	
21 Republikáni	6 786	0,14	
22 Národně demokratická strana	5 532	0,11	
23 Demokratická liga	4 059	0,08	
24 Česká pravice	2 041	0,04	
25 Romská občanská iniciativa	523	0,01	
26 České sociálně demokratické hnutí	602	0,01	
27 Nové hnutí	139	0,00	
28 Strana demokratického socialismu	475	0,00	

Quelle: www.volby.cz